

BastA!

Basels starke Alternative

WAHLEN

WE DID IT! 6,7 PROZENT FÜR BASTA!

AZB
 CH-4005 Basel
 P.P. / Journal
 POST CH AG
 Mutationen an:
 Postfach 225
 4005 Basel



Wahlfest im Hirschi: Gewählte Grossrät*innen und erste Nachrückende.

Was für eine Wahlparty, was für ein Wahlsonntag, was für ein unglaubliches Resultat! Wir hatten allen Grund zu feiern – man munkelt, einige von uns hätten bis zum Sonnenaufgang gefeiert. We did it! Selbst die Basler Zeitung musste zugeben: So bedeutungslos, wie uns die Medien in den letzten Wochen dargestellt haben, sind wir nicht! Das wussten wir natürlich schon immer, aber haben wir es an der Urne endgültig bewiesen: Wir haben nicht nur unsere Sitze gehalten, sondern sogar noch einen dazugewonnen. Das ist ein riesiger Erfolg!

An dieser Stelle geht ein herzlicher Glückwunsch an Tonja Zürcher, Heidi Mück, Nicola Goepfert, Patrizia Bernasconi, Oliver Bolliger und Brigitta Gerber! Ihr habt das unglaublich gut gemacht! Klar, man könnte sagen, wir hätten «nur» den Status quo von 2020 wiederhergestellt, aber das ist viel mehr als das: Diesmal hatten wir keinen «Bisherigen-Bonus» – und dennoch waren wir im Westen nur einen Hauch entfernt von einem dritten Sitz! Und im Osten, wo wir 2020 den Sitz über die Restmandate gewonnen haben, konnten wir ihn diesmal sicher verteidigen. Auch dort hätten wir beinahe noch einen zusätzlichen Sitz

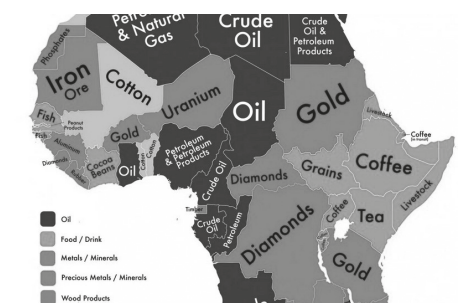
weiter auf Seite 2



DAS EINWOHNER*INNEN-STIMMRECHT



DIE LASTEN DES RHEINTUNNELS



SPUREN DES KOLONIALISMUS IN AFRIKA

14. November, 19.00 Uhr
Koordination

15. November, 18.30 Uhr
Kurzfilmabend zum Einwohner*innenstimmrecht am Orient Express Filmfestival (Küchlin Saal 1, Steinen-vorstadt 55, Basel) Infos S. 12

24. November
Wahl- und Abstimmungssonntag (Parolenfassung S. 5)

12. Dezember, 19.00 Uhr
Mitgliederversammlung

Aktionstage zum Unterschriftensammeln

14. November, 17.00 Uhr
Sammelabend Solarinitiative (Treffpunkt BastA! Büro)

19. November, 17.00 Uhr
Sammelabend Erben fürs Wohnen (Treffpunkt BastA!-Büro)

24. November
Sammeltag an der Urne für Pharma für alle

5. Dezember, 17.30 Uhr
Sammelabend zur Finanzplatzinitiative

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinationssitzungen, die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.– pro Monat respektive Fr. 120.– pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr. 04/2024

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Andreas Suter, Till Kleisli, Lukas Romer, Kasimir Krneta
Layout und Bildredaktion:
Franziska Stier

Auflage: 1200; Druck: Rumzeis Basel
Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch
Telefon: 061 / 691 16 31
Konto: IBAN CH22 0900 0000 4003 1244 5

geholt! Das tut ein bisschen weh, weil wir so nah dran waren – aber hey, das ist Politik. Knapp daneben ist eben auch vorbei.

Aber das Wichtigste: Dieses Ergebnis zeigt, dass BastA! in Basel richtig durchstarten kann. Unsere Themen kommen bei den Menschen an – und sie werden in Wähler*innenstimmen umgewandelt! Das heisst: Wir haben noch mehr Potenzial, das wir ausschöpfen können. Besonders hervorheben möchten wir Oliver Bolliger, dessen Wahlkampf für den Regierungsrat einen enormen Beitrag zu diesem Erfolg geleistet hat. Fast 30% der Wähler*innen haben ihm ihre Stimme gegeben – und da soll mal noch jemand sagen, man könne im Wahlkampf ankündigen, dass man den Kapitalismus abschaffen will. Wir werden oft als linke Utopist*innen belächelt, aber es scheint, als würden 30% der Stimmberechtigten unsere Vision einer anderen Welt teilen. Und das ist gewaltig!

Olli hat mit seinem Wahlkampf klar gemacht, dass unsere Visionen greifbar und umsetzbar sind. Klare, linke Positionen, nah bei den Menschen – das ist, was uns als BastA! ausmacht, und genau das hat Olli in seinem Wahlkampf so überzeugend vermittelt.

Dieser Wahlkampf war intensiv, er war hart – aber er hat riesigen Spass gemacht. Es war einfach fantastisch, mit euch allen auf der Strasse zu sein, mit den Menschen zu reden und die Leute mit unseren tollen Aktionen zu begeistern. Ein riesiges Danke an jede*n Einzelne*n von euch, die kandi-

diert haben, die unermüdlich Flyer verteilt haben, die bis in die letzten Stunden alles gegeben haben. Ihr seid der Hammer! Unsere enorme Sichtbarkeit und dieses tolle Resultat verdanken wir euch, verdanken wir dir.

Und jetzt, auch wenn wir wahrscheinlich alle froh sind, dass der Wahlkampf vorbei ist, beginnt die eigentliche Arbeit: In den nächsten vier Jahren werden wir BastA! noch stärker aufstellen und unsere Vision weiter umsetzen. Wir wollen noch mehr Menschen erreichen und gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Vorstellung einer besseren Welt Realität wird. Dafür brauchen wir jede*n von euch!

Jetzt heisst es: Ärmel hochkrepeln und unsere politische Arbeit weiter vorantreiben! Wir sind das linke Ausrufezeichen in Basel – und mit unserer radikal menschlichen Politik werden wir ein Basel für alle schaffen. Gemeinsam mit dir!



Sina Deiss und Nicola Goepfert, Co-Präsidium BastA!

NEUER STRAFGERICHTSPRÄSIDENT



David Mühlemann übernimmt ab dem 1. Dezember 2024 das Amt eines Gerichtspräsidenten am Strafgericht Basel. Nach seinem Studium promovierte er zu einem Thema des Strafprozessrechts, war Lehrbeauftragter im Fachbereich Strafrecht und arbeitete mit Prof. em. Mark Pieth und bei Public Eye viel zu Fragen der Wirtschaftskriminalität, vor allem der Korruptionsbekämpfung. Zuletzt arbeitete er als Gerichtsschreiber der Berufungskammer des Bundesstrafgerichts.

AUSHÖHLUNG DES MIETER:INNENSCHUTZES? 2-MAL NEIN!

Mit den Revisionen einzelner Artikel des Mietrechts erweisen sich die bürgerlichen Politiker*innen nicht nur einmal mehr als willfährige Gehilf*innen der Immobilienlobby, sondern verhalten sich ausserdem undemokratisch und verlogen.

Im letzten Herbst beschloss das eidgenössische Parlament zwei Anpassungen im Mietrecht: Einerseits sollen die formalen Hürden für die Untermiete erhöht werden, andererseits soll die Kündigung wegen Eigenbedarfs der Eigentümerin vereinfacht werden.

ERSTE SCHEIBE SALAMI ...

Mit der Untermiete darf kein Gewinn erzielt werden, und dem Vermieter dürfen aus dem Untermietverhältnis keine Nachteile entstehen. So weit, so bekannt. Während bislang eine Untermiete aber einzig die Zustimmung der Vermieterin erforderte, wäre diese neu schriftlich unter Angabe der Namen der Untermieter:innen und der Vertragsbedingungen zu beantragen. Der Vermieter kann die Zustimmung neu nicht nur verweigern, wenn diese Angaben nicht erbracht werden, sondern grundsätzlich auch, wenn das Untermietverhältnis für mehr als zwei Jahre vorgesehen ist. Und die Vermieterin kann den Vertrag nach Mahnung mit einer Frist von 30 Tagen

kündigen, wenn die Angaben nicht gemacht werden oder fehlerhaft sind bzw. entsprechende Änderungen nicht gemeldet werden.

Die neuen Anforderungen bedeuten einen unnötigen Aufwand für die Mieter*innen. Mit der Zweijahresfrist können aber auch Wohnsituationen verhindert werden, in denen beispielsweise sozial schwächere Mieter*innen in einer Wohnung bleiben wollen, dafür aber einzelne Teile über längere Zeit untervermieten müssten. Ebenso verschwinden günstige Wohnmöglichkeiten für Student*innen. Mit der Möglichkeit zur Kündigung, wenn Änderungen nicht gemeldet werden, besteht für Mieter*innen zudem ein erhöhtes Risiko, die Wohnung zu verlieren. Demgegenüber erhalten die Vermieter*innen noch mehr Macht und zusätzliche Gründe für Kündigungen.

... ZWEITE SCHEIBE SALAMI ...

In der Änderung der Bestimmungen zum Eigenbedarf als Kündigungsgrund wird die Dringlichkeit des Eigenbedarfs abgeschwächt: Neu wird gesetzlich festgelegt, dass der Eigenbedarf «nur» objektiv betrachtet bedeutend und aktuell sein muss. Dringlich bedeutete in diesem Zusammenhang bislang, dass es der Eigentümerin bzw. ihren Verwandten aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen

nicht zuzumuten war, auf die Benutzung des Wohnraums zu verzichten. Die Änderung bedeutet eine Vereinfachung der Kündigung zum Eigenbedarf. Beide Änderungen erleichtern somit den Rauswurf von Mieter*innen. Und Mieter*innenwechsel erleichtern den Vermieter*innen die Erhöhung der Mietzinse. Wohnen wird ganz im Sinne der dabei Gewinne abschöpfenden Immobilienlobby noch teurer.

... UND SO WEITER

Dass die bürgerlichen Politiker*innen die Anliegen der Immobilienlobby in einzelnen kleinen Revisionen des Mietrechts (neue stehen bereits an) durchsetzen wollen, anstatt wie üblich in einer Gesamtrevision, die vor dem Volk vermutlich chancenlos wäre, ist perfide, undemokratisch und verlogen gegenüber der Bevölkerung.



Lukas Romer, Redakteur Bulletin

KULTURELLE TEILHABE IN EINER VIELFÄLTIGEN GESELLSCHAFT

Basel-Stadt stimmt am 24. November über die Volksinitiative für mehr Musikvielfalt ab. Zurzeit gehen 96% der kantonalen Fördergelder für Musik an die traditionellen Kulturinstitutionen und ihre Orchester. Diese Gelder fliessen in die klassische Musik. Lediglich mit 4% werden die rund 800 Freischaffenden und die anderen Musikstile gefördert.

Die Initiative will, dass neu der Kanton das freie Musikschaffen mit mindestens einem Drittel des gesamten Budgets im Bereich Musik finanziell fördert und so die Musikvielfalt berücksichtigt.

Für mich ist die Initiative Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung: Die Musiklandschaft hat sich im Laufe der Zeit verändert. Über Jahrhunderte war die klassische Musik mit ihren Orchestern und Institutionen prägend für unsere Kultur und Gesellschaft. Der Konzertsaal war ein zentraler Ort der bürgerlichen Identifikation und ihrer Fremd-Abgrenzung. Ganz anders heute: Immer mehr gewinnen die Musikgenres Pop und Rock, Jazz, Rap, Metal und Electronica an gesellschaftlicher Relevanz. Hinzu kommen die vielen Einflüsse der Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund. In Basel haben mittler-



weile 53% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund.

Mit zwei der freischaffenden Musiker*innen des Komitees der Initiative kann ich sprechen. Zuerst erreiche ich Jennifer Perez, Musikerin und Rapperin, die auf

der Bühne unter dem Namen La Nefera auftritt. Von Jennifer will ich wissen, was für sie die wichtigsten Punkte der Initiative sind.

Sie erzählt, wie in vielen Köpfen immer noch einzig die klassische Musik als professionell und richtig angesehen wird, da es dafür ein Studium und jahrelanges Üben braucht. Dabei wird übersehen, dass es heute darum geht, welche Musik welche Menschen erreicht, wie sie berührt und welche Botschaften sie hat. Immer wieder vermisse sie auch eine angemessene Wertschätzung: ihre Auftritte und die der anderen Musiker:innen seien oft sehr niederschwellig, nicht selten seien es auch kostenlose Auftritte für alle. Tatsächlich sei die finanzielle Lage schwierig und anstrengend. Platten und CDs sind fast verschwunden, Streamingdienste zahlen im Rappenbereich. Sie hätte auch schon daran gedacht, ganz mit der Musik aufzuhören. Jetzt aber, dank den Impulsen der Initiative, werde offen über die Situation der Freischaffenden gesprochen, die Musiker*innen würden sich vernetzen, und dieses Gefühl, selber versagt zu haben, sei vorbei.

Mit Fabian Gisler spreche ich einen Tag später. Von ihm möchte ich wissen, wie es zu dieser Initiative kam.

Fabian berichtet, wie 70 Musikschaaffende Ende 2019 einen Brief an das Präsidialdepartement Basel geschrieben haben. Darin kritisierten sie die unausgewogene Musikförderung. Heute, fünf Jahre später, kommt die Initiative zur Abstimmung. Sie soll die Politik zum Handeln auffordern.

Auch Fabian erzählt, wie diese letzten Jahre zu einem Empowerment der Szene geführt haben. Die Szene hat gelernt, wieder an die eigene Kraft zu glauben und an die Möglichkeit, etwas zu verändern.

Mit einem Ja an der Urne kommt etwas in Gang. Bei Annahme der Initiative hat die Politik vier Jahre Zeit, eine Lösung zu finden, bei der alle Musikstile gefördert werden. Niemand soll im Regen stehen gelassen werden.



Andreas Suter, Redakteur Bulletin

NEIN ZU EFAS



Mit der Reform zur einheitlichen Finanzierung der Leistungen will das Bundesparlament, dass alle Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) nach demselben Verteilschlüssel finanziert werden – egal ob sie ambulant, stationär oder im Pflegeheim erbracht werden. Der vpod als Gewerkschaft des Pflegepersonals hat dagegen das Referendum ergriffen.

Mit EFAS sollen offensichtliche Fehlanreize im Gesundheitssystem beseitigt werden, doch gelingt das wirklich?

Je nach Behandlungsart gibt es in der Schweiz unterschiedliche Finanzierungsmodelle.

- Aktuell werden alle ambulanten Behandlungen vollständig durch die Krankenversicherungen bezahlt – natürlich nach Abzug von Franchise und Selbstbehalt, die durch die Versicherten bezahlt werden.
- Bei stationären Behandlungen beteiligt sich der Wohnkanton der*des Patient*in mit mindestens 55 Prozent.
- Bei Pflegeleistungen zu Hause oder in einem Pflegeheim beteiligen sich Krankenversicherungen und Patient*innen mit einem fixen Betrag. Die übrigen Kosten übernimmt der Wohnkanton.

EFAS will, dass in allen diesen Fällen der gleiche Finanzierungsschlüssel gilt. Die Kantone sollen sich jeweils mit 26,9 Prozent beteiligen und die Krankenversicherungen mit 73,1 Prozent.

Für ambulante Behandlungen kann diese Entwicklung von Vorteil sein, doch weshalb ergreift die Gewerkschaft der Pflegenden das Referendum?

1. Der neue Verteilschlüssel ist für die Langzeitpflege gänzlich ungeeignet, da die Kostendeckelung durch die Kantone wegfällt. Die demografische Entwicklung deutet darauf hin, dass hier zukünftig ein grösserer Finanzierungsbedarf anfallen wird. Wir alle wollen, dass wir bis ins hohe Alter gut versorgt sind. Doch Pflegeleistungen kosten. Wenn die Versicherungen hier stärker mitfinanzieren und es keine Kostendeckung

durch den Kanton gibt, wird sich das auf die Prämien auswirken. Und die Prämienlast ist deutlich unsozialer verteilt, als es eine Steuerfinanzierung durch die kantonale Kostendeckung wäre.

2. Wer zahlt, befiehlt. Die stärkere Beteiligung der Krankenkassen bereitet Gewerkschaften und Pflegepersonal Sorgen. Das Gesundheitssystem ist durch die DRGs und andere Entwicklungen darauf ausgerichtet, profitabel zu sein. Die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsleistungen wird dem Profit untergeordnet. Gewerkschaften befürchten, dass die Krankenkassen den Prämiendruck noch stärker auf das Gesundheitspersonal abwälzen und die Arbeitsbedingungen verschlechtern werden.

EFAS wird nun seit 13 Jahren im Parlament diskutiert. Die Krise im Gesundheitssystem ist schon lange real und spürbar für Pflegenden und Patient*innen. EFAS wird die Probleme jedoch nicht lösen. Nur die Frage, wer die Gesundheitsversorgung finanzieren soll, wird wie eine heisse Kartoffel hin und her gereicht, aber das Problem dahinter, dass aus der Gesundheit von Menschen Profit zu generieren sei, wird nicht angegangen. Was es statt eines anderen Finanzierungsmodells tatsächlich braucht, sind einkommensabhängige Krankenkassenprämien, Kooperation statt Konkurrenz zwischen den Spitälern und ein Finanzierungssystem, das die Bedürfnisse der Patient*innen und der Pflegenden ins Zentrum stellt.



Franziska Stier, Parteisekretärin BastA!

DER PASS IST NICHT DIE HAUPTSACHE: JA ZUM EINWOHNER*INNENSTIMMRECHT



Bildquelle: <https://www.mehr-demokratie-basel.ch/>

Am 24. November 2024 steht in Basel eine bedeutende Abstimmung an: Die Stimmberechtigten des Kantons entscheiden darüber, ob Menschen mit einer Niederlassungsbewilligung C künftig bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen stimmberechtigt sind.

WAHL- UND STIMMRECHT ALS GRUNDRECHT

Das Wahl- und Stimmrecht ist ein in der Bundesverfassung verankertes Grundrecht und spielt eine zentrale Rolle in der Gesellschaft. Es dient nicht nur der Kontrolle staatlicher Macht durch die Stimmberechtigten, sondern ermöglicht es ihnen auch, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. Durch Wahlen und Abstimmungen wird der politische Prozess transparent und demokratisch legitimiert, da die Bevölkerung regelmässig ihre Zustimmung oder Ablehnung zu Gesetzen und politischen Entscheidungen äussern kann.

Doch die Bedeutung des Wahl- und Stimmrechts geht noch weiter. Sie erinnert daran, dass es an uns liegt, unsere Gesellschaft auch auf rechtlicher und politischer Ebene aktiv zu formen.

EINE TRÜGERISCHE DEMOKRATIE

In Basel-Stadt haben 38,4% der Bevölkerung keinen Schweizer Pass. Dies führt dazu, dass politische Entscheidungen nur einen Teil der tatsächlichen Meinungen der Bevölkerung widerspiegeln. Dadurch kann der demokratische Anspruch, auf den die Schweiz so stolz ist, kaum eingelöst werden. Dieses Demokratiedefizit lässt sich nur beheben, wenn auch Bewohner*innen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft ein Mitbestimmungsrecht erhalten.

RECHT AUF TEILHABE

Ein erheblicher Teil der Basler Bevölkerung wird von der politischen Teilhabe ausgeschlossen – obwohl viele dieser Menschen unsere Gesellschaft auf wirt-

schaftlicher, kultureller und sozialer Ebene bereits aktiv mitgestalten. Dass ihnen der Zugang zur politischen Mitbestimmung verwehrt bleibt, vermittelt den Eindruck, dass sie keine vollwertigen Mitglieder der Gesellschaft sind und ihre Meinung in Basel-Stadt keine Bedeutung hat. Diese Diskrepanz zwischen ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und ihrem Ausschluss von der politischen Mitbestimmung untergräbt nicht nur das Prinzip der Gleichberechtigung, sondern auch das Selbstverständnis der Demokratie.

POLITISCHE RECHTE, UNABHÄNGIG VON DER STAATSBÜRGERSCHAFT

Es gibt keinen überzeugenden Grund, das Wahl- und Stimmrecht an die nationale Staatsangehörigkeit zu knüpfen. Es sind diejenigen, die in Basel leben und arbeiten, die von den politischen Entscheidungen direkt betroffen sind. Daher sollte ebendiesen Personen – unabhängig von der Staatsbürgerschaft – das Recht zuerkannt werden, ihre Zukunft mitzubestimmen. Letztlich geht es um die Frage, ob eine Gesellschaft bereit ist, politische Rechte unabhängig von der Staatsbürgerschaft anzuerkennen, um eine gerechtere und inklusivere Demokratie zu schaffen, die die tatsächliche Vielfalt und die Realität ihrer Bevölkerung widerspiegelt. Es geht nicht nur um das Wahlrecht, sondern um die Anerkennung und Wertschätzung aller, die Basel zu dem machen, was es ist. Wer hier lebt, sollte auch mitbestimmen können.



Nertila Ramadani,
Bürgergemeinderätin BastA!

PAROLEN IN KÜRZE

24. November 2024

Eidgenössische Vorlagen

Nein zum Bundesbeschluss vom 29. September 2023 über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen

Nein zur Änderung vom 29. September 2023 des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete)

Nein zur Änderung vom 29. September 2023 des Obligationenrechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs)

Nein zur Änderung vom 22. Dezember 2023 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)

Kantonale Vorlagen

Ja zur kantonalen Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt»

Ja zum Grossratsbeschluss vom 27. Juni 2024 betreffend Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer

Ja zum Grossratsbeschluss vom 11. September 2024 betreffend Ausgabenbewilligung für die Durchführung des Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel (sofern das Referendum zustande kommt)

WER TRÄGT DIE LASTEN DES RHEINTUNNELS?

Der Rheintunnel ist ein Monster-Autobahntunnel der von Birsfelden bis zur Erlenmatt in Richtung Deutschland bzw. bis zur Dreirosenbrücke in Richtung Frankreich führt. In Birsfelden werden 150 Familiengärten geopfert, im Rankhof noch einige mehr. Für den Bau werden die Gleise durch die Grundwasserzone im Hardwald geführt. Neben dem Alterszentrum in Birsfelden wird der grösste oberirdische Teil des Baus erfolgen.

Stellen Sie sich vor, Sie haben dieses Alterszentrum als Ihren letzten Wohnsitz in der Ruhe direkt am Wald gewählt und stellen später fest, dass Sie neben einer der grössten Baustellen des Jahrhunderts in der Region wohnen werden.

Wozu diese Autobahn, werden Sie fragen? Um die Quartiere und die Osttangente vom Durchgangsverkehr (z.B. Lastwagen) zu entlasten, wird ASTRA antworten. Leider erfordert dies den Abtransport von 4,7 Millionen Tonnen Ausbaumaterial. Davon wird schätzungsweise ein Drittel per LKW transportiert. Das sind mindestens 63'000 Lastwagenfahrten voll beladen und ebenso viele leer zurück. Auch nach seiner Fertigstellung wird der Tunnel dem Güterverkehr wenig nützen: Weder das Hafenecken 3 noch der Hafen Birsfelden sind an den Tunnel angeschlossen.

LÄRMSCHUTZ

Der Lärm der Lastwagen ist für die Bevölkerung entlang der Osttangente ein Problem. Der Regierungsrat hat zwar den Lärmschutz an den Rheintunnel gekoppelt, aber es geht auch ohne. Eine weitere wirkungsvolle Lärmschutzmassnahme, die auf der Osttangente ergriffen werden könnte, wäre Tempo 60. Das würde den Verkehr verflüssigen, das Unfallrisiko senken und die Emissionen reduzieren. Undenkbar, oder? Paris hat nun auf seiner „Périphérique“ sogar Tempo 50 eingeführt.

QUARTIERBELASTUNG

Zwei Quartiere, die während der Bauphase besonders leiden werden, sind Matthäus und Kleinhüningen, also die Gegend um die Dreirosenmatte. Für mindestens (gibt es bei solchen Projekten nicht immer enorme Verzögerungen?) 10 Jahre wird einer der wenigen grünen Flecken in diesem dicht bebauten Viertel geopfert. Eine Generation Kinder, die in



Foto: CC Lucas Linder, Fotoaktion 23.8.2024
<https://dreirosenbleibt.ch/aktuelles/stopp.html>

die beiden benachbarten Schulen geht, wird nur noch Staub, Lärm und Bauchaos erleben. Welche Massnahmen sind geplant? Niemand weiss es. Welche Grünfläche wird das kompensieren? Die Stadt verspricht nichts, nur ein paar Meter zu den alten Gleisen und zum alten Hafenkran werden erwähnt. Es scheint, dass die Stadt Schwierigkeiten hat, mit den Investoren zu verhandeln. Ein Picknick mit der Familie auf einer Wiese voller alter Industriegifte ist nicht gerade eine begeisternde Alternative.

AUSGLEICHSMASSNEHMEN? FEHLANZEIGE!

Es wird behauptet, dass dieses Projekt den Verkehr in der Stadt verringern wird. Das ist schwer zu glauben, wenn etwa 80% des Verkehrs auf der Osttangente aus der Stadt kommen oder in der Stadt enden. Diese Autos würden nicht den Eingang des Tunnels nehmen und unter der Erde verschwinden. Man rechnet mit einer Steigerung des Verkehrsaufkommens um etwa 30%.

Gleichzeitig veröffentlicht der Regierungsrat einen Klimaaktionsplan, der besagt, dass wir den Verkehr um ein Drittel reduzieren müssen, um Klimaneutralität zu erreichen. Ich sehe da einen riesigen Widerspruch. Esther Keller antwortet, dass der Verkehr dank vieler flankierender Massnahmen nicht zunehmen wird. Als Veganer bin ich es gewohnt, zu sagen: «Deine Beilage ist mein Hauptmenü.» Mit diesen Massnahmen könnten wir den Verkehr so weit entlasten, dass die Staus aufhören, ohne dass ein zusätzlicher Tunnel nötig wäre.

Apropos Stau: Der ist in Birsfelden vorprogrammiert, wenn die 8-spurige Autobahn Hagnau–Augst nicht gebaut wird. Dieses andere Projekt wird erzwungen, genau wie die Erweiterung für Aesch und Delémont ... So geht der Teufelskreis weiter.

Wie viel wird dieses fossile Monster kosten? Das Budget beträgt 2,6 Milliarden Franken. Das ist so viel wie die Kosten für 18 Jahre U-Abo für die Bevölkerung von Basel. Wir alle wissen aber auch, dass die Endrechnung viel höher ausfallen wird. Nicht nur bei den direkten Kosten, sondern auch bei den externen Kosten. Der jüngste Bericht des ASTRA zeigt, dass die externen Kosten (Gesundheit, Umweltverschmutzung ...) viel höher sind als bisher geplant ... Und die graue Energie des Tunnelbaus ist darin noch gar nicht enthalten.

Aus diesen Gründen werde ich am 24. November an der Urne ein klares «Nein» einlegen, aber ich werde auch dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen nicht auf die beruhigenden Worte von Ölbert hereinfallen.



Laurent Schüpbach, BastA!

KREATIV UND VIELFÄLTIG GEGEN AUTOBAHNEN UND RHEINTUNNEL

Anwohner*innen und Aktivist*innen kämpfen mit Engagement und Einfallsreichtum gegen den Autobahnausbau. Dabei geht es nicht nur um Stimmen, sondern um die Zukunft der Quartiere.

Haustürgespräche, Quartierfest, Informationsveranstaltungen, Flyersteckaktionen, Geschichten von Direktbetroffenen, politische Komitees, Medienarbeit, Recherche, coole Sticker, Dinospuren aus Kreide, die darauf anspielen, dass der Autobahnausbau eine Idee von vorgestern ist, und vieles mehr: Was an Geld fehlt, wird mit viel Kreativität und persönlichem Einsatz von Dutzenden Aktivist*innen und Anwohnenden (mehr als) kompensiert.

Dabei geht es nicht nur darum, möglichst vielen Nein-Stimmen gegen den Autobahnausbau zu erreichen – obwohl das natürlich bis zum 24. November eines der Hauptziele ist. Es geht auch darum, den Menschen zuzuhören und von ihnen zu erfahren, was sie beschäftigt und wie sie sich die Zukunft in ihrem Quartier vorstellen. Denn egal, was am 24. November rauskommt: Das Engagement für Quartiere, die nach den Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner*innen gestaltet werden, geht weiter. Und das geht nur mit ihnen.

VIELE OFFENE FRAGEN

Die Anwohnenden haben viele Fragen zum Rheintunnel, zu den Riesenbaustellen im Kleinbasel und in Birsfelden und den Auswirkungen auf Schulen, Schulwege, Altersheim und Grünflächen. Erschreckend viele haben erst dank den Haustürgesprächen überhaupt davon erfahren, was in ihrer Nachbarschaft geplant ist. Was bedeutet die 10-jährige Baustelle auf der Dreirosenmatte für den Schulunterricht nebdran? Kann überhaupt noch sinnvoll unterrichtet werden? Und wo sollen die Kinder spielen? Wo fahren die Tausenden Baustellen-Lastwagen mit Kies, Steinen und Beton durchs Quartier? Und wie kann überhaupt neben einer solchen Baustelle gelebt werden?

Neben grossen und falschen Versprechungen (weniger Verkehr, weniger Lärm, «grüner Asphalt» ...) bekommen die Menschen von der Regierung wenig Informationen darüber, was der Entscheidung am 24. November für sie heisst. Es wird so getan, als wäre es irgend so ein Tunnel, der mit ihnen nichts zu tun hat. Die Arroganz, mit der die Regierung mit den Menschen insbesondere im unteren Kleinbasel umgeht, schockiert mich.

UNNÖTIGE ZERSTÖRUNG DER DREI-ROSENMATTE

Die Regierung hat sich nicht mal die Mühe gemacht, die Auswirkungen zu reduzieren und auf den sinnlosen Tunnelast von der Dreirosenbrücke zum Badischen Bahnhof zu verzichten. Diesen braucht es für die neue Autobahn von Weil bis Birsfelden nämlich gar nicht. Der Rheintunnel wäre zwar auch ohne diesen Ast ein Riesenfehler für die Klima- und Verkehrspolitik, und die Auswirkungen auf die Bevölkerung in Birsfelden und um den Badischen Bahnhof blieben heftig, man könnte jedoch wenigstens die Dreirosenmatte erhalten.

VERSCHIEDENE GRUPPEN, VERSCHIEDENE STÄRKEN

Die Stärke der Nein-Kampagne(n) in Basel ist nicht nur ihre Kreativität und die neuen Wege, mit der Politik im direkten Gespräch mit den Menschen gemacht wird, sondern auch die Vielfalt der Gruppen und Einzelpersonen, die sich einsetzen. Während sich der VCS zusammen mit umverkehR, BastA!, SP, Grünen, dem Familiengartenverein Birsfelden und anderen Verbänden um die eher klassische Kampagne mit Plakaten und Flyern, aber auch um die Vernetzung über die Kantonsgrenze kümmert, sucht die Kampagne «Jetzt wenden» mit Dreirosen bleibt!, Basel2030, der Bewegung für den Sozialismus und vielen mehr den eher unkonventionellen Weg.

Dabei gab es sogar einen musikalischen Stadtrundgang für eine bessere Welt. Für zwei laute Ja zu Stimmrecht und Musikvielfalt, und ein krachendes Nein zum Autobahn-Rheintunnel zog am 26.



Oktober eine Band, begleitet von aufblasbaren Dinosauriern und Menschen, die tanzend Flyer an Passant*innen, durch die Stadt.

LANGEN ATEM HABEN

Die Prognosen für die Abstimmung machen Hoffnung. Schweizweit stieg der Nein-Anteil Ende Oktober auf 45% – Trend weiter steigend. Und in den Städten zeichnete sich schon damals ein Nein ab. Was ist, wenn wir am 24. November trotz dem riesigen und kreativen Engagement nicht gewinnen? Dann geht es weiter. Denn was nicht gebaut ist, kann verhindert werden. Das haben wir von den Bieler*innen und ihrem Widerstand gegen den Westast gelernt.



Tonja Zürcher, Vorstand BastA!

DIE ATOMWAFFENVERBOTSINITIATIVE

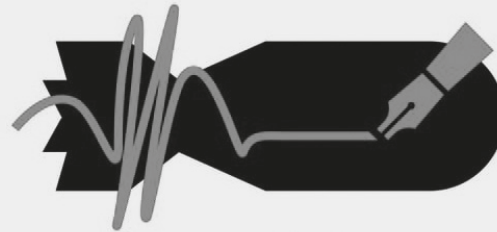
Im Juli dieses Jahres hat eine breite Allianz aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien die Atomwaffenverbotsinitiative lanciert. Die Initiative fordert den Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW). Der Bundesrat verweigert den Beitritt zu diesem Vertrag und missachtet somit sowohl die humanitäre Tradition der Schweiz als auch den Willen des Parlaments, welches den Beitritt zum UNO-Vertrag seit Jahren fordert.

Der Atomwaffenverbotsvertrag der UNO zielt darauf ab, die nukleare Abrüstung voranzutreiben und somit die Bedrohung von Massenerstörung einzudämmen. Das Inkrafttreten des Vertrags ist ein Meilenstein für die internationalen Abrüstungsbemühungen. Er verbietet Staaten, Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Ausserdem sind die Weitergabe, die Lagerung und der Einsatz sowie die Drohung des Einsatzes verboten. Internationale Verträge wie dieser haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass chemische und biologische Massenvernichtungswaffen erfolgreich verboten, geächtet und abgerüstet wurden.

Der Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag setzt ein wichtiges Zeichen, wie sich die Schweiz in internationalen Sicherheitsfragen positioniert. Der Einsatz von Atomwaffen widerspricht den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts. Als Depositarstaat der Genfer Konventionen haben wir eine Verpflichtung und ein Interesse daran, Bemühungen zur nuklearen Abrüstung zu unterstützen.

Atomwaffen sind die zerstörerischsten Waffen der Welt. Nur ein Verbot auf Basis von internationalem und weltweit gültigem Völkerrecht kann diese Gefahr eindämmen. Mit dem Beitritt zum TPNW engagiert sich die Schweiz für die weltweite Sicherheit von Mensch und Umwelt.

Aufrüstung führt nicht zu mehr Sicherheit. Im Gegenteil, je weniger Waffen verbreitet sind, desto stabiler ist die internationale Ordnung. Nukleare Abrüstung ist ein erklärtes Ziel der Schweiz. Der Beitritt zum TPNW entspricht somit den ausserpolitischen Zielen der Schweiz. Als neutrales Land mit humanitärer Tradition haben wir eine friedenspolitische Verantwortung.



Taten statt Worte:
ATOMWAFFENVERBOT JETZT!

<https://atomwaffenverbot.ch/>

Atomwaffen sind ein Machtinstrument und stellen eine existenzielle Bedrohung für die gesamte Menschheit dar. Mit dem Nicht-Beitritt unterstützt die Schweiz die Atommächte, die ihre Nukleararsenale weiter modernisieren, anstatt abzubauen.

Atomwaffen stellen nicht nur eine Gefahr für Menschenleben, sondern auch für die Umwelt dar. Der Einsatz, aber auch die Produktion und Tests von Atomwaffen haben verheerende ökologische Folgen. Durch zusammenhängende Umweltprozesse sind auch Regionen, die weit von Produktionsgebieten entfernt liegen, von den Risiken betroffen. Das nukleare Wettrüsten verbraucht immer noch enorme Ressourcen, die für Umwelt- und Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung fehlen. Die Schweiz kann durch ihren Beitritt den Druck auf atomare Mächte erhöhen, ihre Waffenarsenale abzubauen.

Eine klare Stellungnahme gegen Massenvernichtungswaffen könnte ausserdem die Glaubwürdigkeit der Schweiz

auf internationaler Ebene weiter erhöhen. Unsere Rolle in den Vereinten Nationen und internationalen Organisationen würden gestärkt werden. Ein Beitritt fördert diplomatische Verhandlungen und die Guten Dienste der Schweiz.

Die Atomwaffenverbotsinitiative fordert etwas, das für die Schweiz selbstverständlich sein soll. Die Initiative stösst aber auch die wichtige Debatte über dieses Thema an. Die Schweizer Bevölkerung soll darüber diskutieren, welche Friedenspolitik wir betreiben möchten und wie wir mit unserer humanitären Tradition umgehen wollen.



Sibel Arslan, Nationalrätin BastA!

VERANSTALTUNGSHINWEIS

5. ORIENT EXPRESS FILMFESTIVAL STEHT UNTER DEM MOTTO DIVERSITY.

OEFF präsentiert alternative, feministische, queere, antimilitaristische und ökologische Filme, die sich mit Themen wie Demokratie, Freiheit und Menschenrechten auseinandersetzen.

Neben Schweizer Premierens werden dem Publikum frische, relevante, ungeahnte neue Perspektiven vorgestellt.

www.oeff.org



SPUREN DES KOLONIALISMUS IN AFRIKA

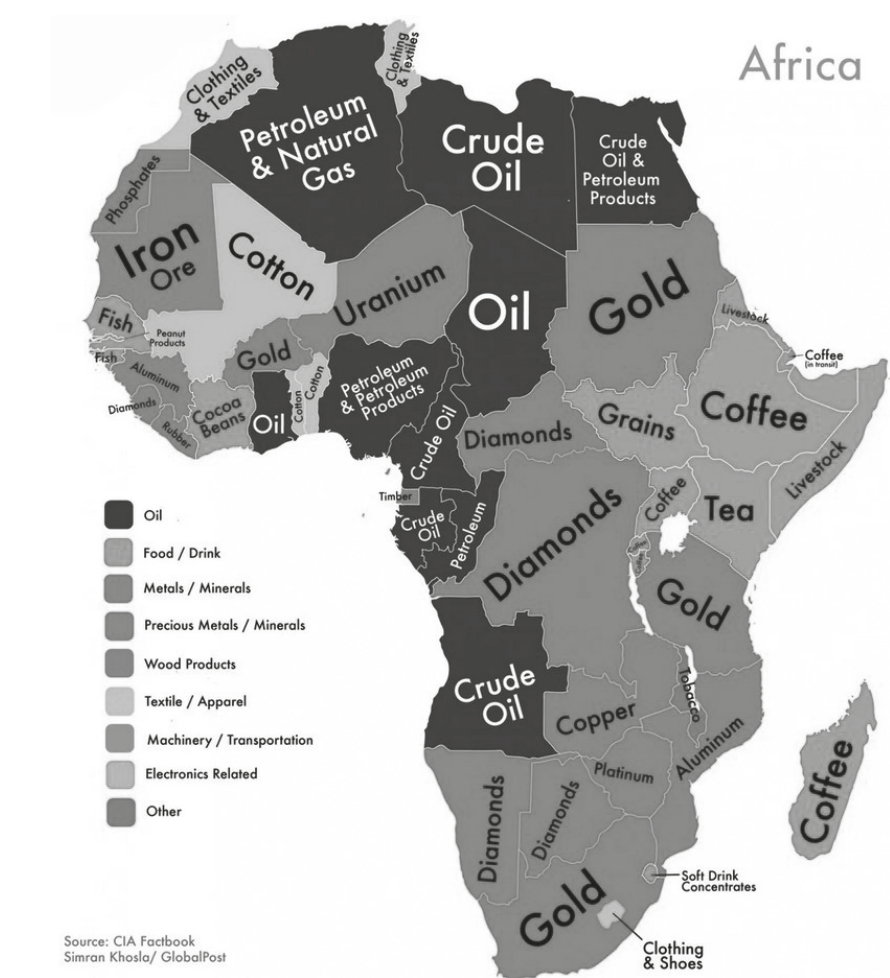
Kulturell Interessierte trafen in letzter Zeit immer öfter auf «Postkolonialismus», einen neueren Begriff, der hierzulande vor allem im Zusammenhang mit aus dem Süden fortgenommenen Kulturschätzen in unseren Museen auch in die Presse kam. Spuren des Kolonialismus bei uns also, wenn auch bei Weitem nicht die einzigen. Andere sind etwas tiefgreifender, aber unter der Oberfläche, sodass im Alltag existierenden Mitbringseln aus Afrika der Ursprung praktisch abgesprochen wird: Bei Kaffee oder Erdnüssen als Gaben des Südens zu denken, wirkt sehr «woke».

Ich hoffe, dass das Suchen nach Spuren des Kolonialismus in Afrika aus einem Bemühen entsteht, postkoloniale Wiedergutmachung auszuweiten auf weitere, einschneidendere Belange. Bis auf die Länder und Gebiete, die seit Langem von Religion und Schriftkultur der islamischen oder christlichen Kulturkreise (um diesen veralteten, aber unersetzten Begriff zu verwenden) geprägt waren, hat der Kolonialismus nämlich nicht einfach Spuren hinterlassen: Er hat diese Gesellschaften, Wirtschaften und Religionen schlicht umgepflegt, nicht immer, aber meist mit brachialer Gewalt.

LANDRAUB

Es gibt Beispiele, die zeigen, dass koloniale Verwaltungen den kleinbäuerlichen Anbau von exportierbaren Produkten (Kakao, Kaffee, Tabak) förderten und durch die willkommene Übernahme die Bauern über die Selbstversorgung hinausbrachten. Im amerikanischen beeinflussten Liberia und in Ländern mit grossen Siedlerkolonien wie Angola, Simbabwe oder Südafrika wurde die Exportproduktion ausserdem von Anfang an als Plantagenwirtschaft mit landlosen Arbeitern aufgezogen. Südlich des Äquators gehörten die Landnahmen von Siedlern aber zu den tiefsten «Spuren» des Kolonialismus, die in einzelnen Ländern auch nie durch eine Landreform rückgängig gemacht wurden. Und wo anlässlich der erlangten Unabhängigkeit Enteignungen stattfanden, ging das Land oft direkt in den Besitz einheimischer Eliten über, die es weiter durch proletarisierte Bauern bearbeiten lassen.

Die Kolonialverwaltungen hatten ausserdem die schriftliche Titelvergabe für Land eingeführt – ohne sich viel Mühe zu geben, damit der Landbevölkerung die Basis ihrer Existenz entsprechend zu sichern. Im heutigen Neokolonialismus zeitigt diese «Spur» teilweise noch immer verheerende Folgen, indem Chiefs als traditionelle Landverwalter dies nun als Recht interpretieren, das Land ihrer Gefolgschaft im blühenden



Symbolbild Bildquelle: https://www.reddit.com/r/MapPorn/comments/4g5kk3/from_oil_to_gold_to_diamonds_this_map_shows_the/#lightbox

Markt des «Landgrabbing» zu Geld zu machen oder Regierungen unbetitelt Land als Areal im CO₂-Emissionshandel zu verkaufen. Die vertragserfahrenen westlichen Parteien sind dabei von vornherein im Vorteil.

GESETZGEBUNG

Die koloniale Gesetzgebung – deren Niederschrift ihr fast unauslöschliche Geltung garantierte – wirkt noch immer nach wie eine Autobahn durch den afrikanischen Busch. Das Eigentumsrecht als Grundpfeiler jeder westlichen Ordnung kostete die afrikanischen Gesellschaften Flexibilität in Belangen des Landrechtes und spielt heute durch die genannten Mechanismen eine verheerende Rolle.

Gleiches gilt für die Festlegung von Machtstrukturen und Hierarchien: Vielerorts war die Rolle des Anführers nicht erblich und wurde vor allem auf der lokalen Ebene aufgrund von Verdiensten durch die Gruppe wechselnd vergeben – teilweise urdemokratische Vorgänge –, doch die Kolonial-

verwaltungen bedachten die angetroffenen Amtsträger mit erblichen Machttiteln, damit die Verwaltungen einen fixen Zugriff hatten. Koloniale Gesetze und wirtschaftliche Anordnungen erwiesen sich als sehr beständig. Ghanas und Ugandas Anti-Gay-Gesetze gehen direkt auf die Moral des Viktorianischen England zurück. Ein wirtschaftliches Glanzstück des Kolonialismus ist die Währung der Communauté financière africaine, der CFA, die bis 2021 den zugehörigen Ländern vorschrieb, die Hälfte ihres Devisenvermögens im französischen Schatzamt zu hinterlegen – was sie zumeist zu Einkäufen in Frankreich zwang.

MISSIONEN

Selbst gut Gemeintes konnte in dieser Abhängigkeit fatal werden: Missionen waren die Ersten, die Gesundheitsdienste anboten. Erst in den 1950er-Jahren nutzten auch die Kolonialverwaltungen den Aufbau von Gesundheitsdiensten, insbesondere Geburtshilfe und Kleinkindmonitoring, um

die Bevölkerung von Unabhängigkeitsbestreben abzubringen. Diese höchst populären Dienste brachten eine rasche Abnahme der Kindersterblichkeit und den Beginn des Bevölkerungswachstums, was aber wiederum die traditionelle Wirtschaft überforderte. Die Suche nach Lösungen brachte die Bevölkerung in alle Richtungen in Bewegung: intensivierte Marktproduktion in der Landwirtschaft, Arbeitssuche bei kolonialen Unternehmen im Rohstoffabbau oder in der Plantagenwirtschaft, aber auch beim Staat, wo sich Schulbildung plötzlich als nötige Voraussetzung erwies, und Abwanderung in städtische Siedlungen der Kolonialgesellschaft.

Die Kopfsteuern zwangen zur Suche nach (gering) bezahlter Arbeit, der Schulbesuch mit westlichen Inhalten wurde den Nachkommen der ländlichen Eliten vielfach vorgeschrieben. Die Missionen lockten mit besserer Gesundheitsversorgung, Schutz vor Zwangsehen und gaben Orientierung

in den wachsenden Arbeiteransiedlungen rund um die Städte und Rohstoffminen, in denen sich die ethnischen Zugehörigkeiten und Traditionen vermischten.

Diesen Aufbrüchen hielten die Strukturen der bäuerlichen Gesellschaften nicht stand. Den Regelwerken von Machtteilung, traditionellen Werten und religiösen Vorstellungen stellten sich neue Orientierungsmöglichkeiten entgegen, unkoordiniert und konfligierend: Parteien, Kirchen und Sekten, ethnische Bünde. Die «Spur» des Kolonialismus ist die relative kulturelle Ödnis, die sich in solchen Kontexten breitmachte und den blossen Kampf um die materielle Existenz ersetzte. Ein kulturelles Leben entstand erst in kleinen städtischen Zirkeln wieder, zumeist in Verschmelzung mit importierten Elementen.

WIRTSCHAFT

Auf der wirtschaftlichen Seite zeigte sich schon zur Zeit des Kolonialismus eine klare

Ausrichtung auf die primären Produktionsfelder: Rohstoffabbau und -anbau. Dienstleistungsarbeit war daneben höchstens auf unterster Verwaltungsebene oder bei Herrschaften gefragt – das hiess wiederum Ausbeutung der Arbeitskraft unter dem Existenzminimum und maximaler Profit, der nach Europa «re-patriert» wurde. Da das autochthone Handwerk (Töpferei, Korbware, Schmiedearbeit, Kleiderherstellung) noch kaum professionalisiert war, verschwanden dessen Erzeugnisse relativ unbemerkt: Die meisten Gebrauchsgegenstände wurden allmählich durch renommierte, importierte Industrieprodukte ersetzt – wie beispielsweise die bereits seit dem 19. Jahrhundert von der Glarner Textilindustrie exportierten Indiennes. Nur wo die hervorragende künstlerische Gestaltung auch die Bewunderung der Einwohner:innen der Kolonialmächte erlangte, bildete sich daraus ein auf den Tourismusmarkt ausgerichteter Gewerbe.

NEOKOLONIALISMUS

Mit dem Stichwort Tourismus kreuzt dieser Überblick die Schwelle zum Neokolonialismus, der die Entwicklung in noch stärkerer Masse durch privates Unternehmertum des Westens (und inzwischen auch anderer «arrivierter» Nationen) vorantreibt. Wenn Kolonialismus einer der seltenen Begriffe der Geschichtswissenschaften ist, der die Verbindung von politisch-militärischem (staatlichem) und wirtschaftlichem Vorgehen benennt, so ist auch im Neokolonialismus diese Kooperation gegeben: Weitgehende politische Vorgaben bei Kreditbedingungen, beispielsweise Foreign-Investment-Empfehlungen, Zollabbau und Schuldenwirtschaft, welche die Staaten in Abhängigkeit halten, werden zwar nicht mehr von den einstigen Kolonialregierungen eingesetzt, um den Zugriff auf die Wirtschaft zu sichern, aber von den nicht weniger entmündigenden Bretton-Woods-Institutionen.

Dass die afrikanische Jugend diese Mechanismen zunehmend erkennt und im wirtschaftlichen und politischen Bereich mit besseren oder schlechteren Mitteln nach Alternativen sucht und diese fordert, ist solidarisch zu begrüssen und zu unterstützen, insbesondere auch indem wir die Presse über solche Vorgänge kritisch hinterfragen.



Susy Greuther, AG Internationales
Foto: Frantisek Matous

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Benefiz-Disco

FEATURING
DJ Laputz & DJ D-Light

Türöffnung
ab 20:30

08. November 2024

BARAKUBA

Gundeldinger Feld, Dornacherstrasse 192,
4053 Basel

**ANLAUFSTELLE
FÜR SANS-PAPIERS**

WWW.SANS-PAPIERS-BASEL.CH

KLEINBASEL



HEIDI MÜCK

Ich wurde mit der Jugendbewegung in den 80er-Jahren politisiert. Damals trieb mich der starke Wunsch nach mehr Freiräumen an – eine Überzeugung, die ich noch heute vertrete: Freiräume ohne Konsumzwang sind ein wichtiges und leider rares Gut in unserer Gesellschaft.

Heute bin ich vor allem Bildungs- und Sozialpolitikerin mit langjähriger Erfahrung im Parlament, in der Gewerkschaftsarbeit und in gemeinnützigen Institutionen.



TONJA ZÜRCHER

Als Leiterin Kommunikation bei der verkehrspolitischen Umweltorganisation umverkehrR und Co-Präsidentin von «Dreirosen bleibt / Rheintunnel Nein» engagiere ich mich für die Verkehrswende und das Stadtklima.

Als Aktivistin und Politikerin bin ich überzeugt, dass Veränderungen nur durch Zusammenarbeit von Basisbewegungen und parlamentarischen Parteien erreicht werden. Ich glaube daran, dass eine andere Welt möglich ist, und will mich zusammen mit der feministischen und der Klimabewegung dafür einsetzen.



NICOLA GOEPFERT

Seit meiner Jugend engagiere ich mich in Bewegungen sowie als Parlamentarier für eine humane Migrationspolitik, gegen die Klimakrise und für soziale Gerechtigkeit.

Als Gewerkschaftssekretär setze ich mich für faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne ein. Wenn wir die Klimakrise gemeinsam und erfolgreich bewältigen wollen, muss die soziale Frage bei jeder Massnahme im Zentrum stehen.

GROSSBASEL OST



PATRIZIA BERNASCONI

Ich setze mich seit vielen Jahren leidenschaftlich für die Rechte der Mieter*innen ein, denn Wohnen ist ein Grundrecht und keine Ware! Mein parlamentarischer Fokus liegt auf dem Wohnschutz und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle. In Zeiten steigender Mieten und Spekulation am Immobilienmarkt ist es wichtiger denn je, Menschen vor Verdrängung zu schützen und faire Wohnbedingungen sicherzustellen.

Gleichzeitig setze ich mich für einen starken Service public ein, um soziale Gerechtigkeit zu fördern und dafür zu sorgen, dass grundlegende Bedürfnisse wie Wohnen, Bildung oder Mobilität für alle zugänglich und gesichert bleiben.

GROSSBASEL WEST



OLIVER BOLLIGER

Seit fünfzehn Jahren setze ich mich konsequent für ein soziales Basel, für eine gerechte Steuerpolitik und Umverteilung des Reichtums, für eine nachhaltige Wirtschaft und eine klimagerechte Politik ein.

Als Grossrat und Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission, als Sozialarbeiter und Geschäftsführer der Stiftung Wohnhilfe kenne ich das soziale Basel gut – und genauso die Probleme. Die Förderung des bezahlbaren Wohnraums, eine Gesundheitsversorgung für alle und der Kampf gegen Armut liegen mir sehr am Herzen.



BRIGITTA GERBER

Ich setze mich für eine transparente, demokratische und menschliche Politik ein.

Ich möchte, dass sich der Kanton vermehrt und konsequent gegen rassistische und rechtsextremistische Diskriminierung stellt. Deshalb wäre es mir ein Anliegen, dass Lehrkräfte, das ED und die Polizei diesbezüglich gestärkt werden. Und: Dass Velowege in der Innenstadt endlich sicherer werden.

Wir können die linke Mehrheit in der Regierung zurückgewinnen! Ergreifen wir jetzt die Chance und unterstützen Anina Ineichen in ihrem 2. Wahlgang.

Es geht ans Eingemachte: Esther Keller hat die Direktwahl mit 21'863 Stimmen verpasst und liegt mit knapp 3'500 Stimmen vor Anina. Die GLP-Regierungsrätin ist für den Ausbau des Rheintunnels, für Topfpflanzen und teure Sonnenschirme und politisiert an unseren sozialen Anliegen vorbei. Jetzt brauchen wir alle Hände, um den Abstand auf Esther Keller aufzuholen!

Deshalb: Tritt jetzt Anina Ineichens Unterstützungskomitee bei und erhalte dort alle Informationen, wie du dabei helfen kannst, die Regierung wieder sozial und klimafreundlich zu machen.



JETZT WÄHLEN

CHANCE ERGREIFEN
ANINA INEICHEN
IN DIE REGIERUNG

aninaineichen.ch

BastA!
Basels starke Alternative

SP

GRÜNE
BASEL-STADT

KURZFILMABEND ZUM EINWOHNER*INNENSTIMMRECHT

Freitag, 15.11., 18.30 Uhr im Kuchlin Saal 1, Steinenvorstadt 55, Basel mit den Regisseur*innen: Selin Besili, Keerthigan Shivaram, Alan Sahin

VERANSTALTUNGSHINWEIS

UNSER NAME IST AUSLÄNDER

2024 | Documentary Film, Short | 21' Switzerland |

Hêlîn, Selin, Firat und Serhat sind Geschwister, die in einem Dorf in der Zentralschweiz aufgewachsen sind. Sie tragen ihr Familien-Wohnzimmer in den öffentlichen Raum: Zuerst den bunten Teppich, dann das Sofa und schliesslich den heissen Çay. Eine neue Geschichte entsteht, in der Wut und Widerstand ihren Platz neben Ausgrenzung und Angst finden – unbeirrt und kraftvoll.



LE GAP

2024 | Short Film | 15' | Switzerland

EKSI BIR | MINUS ONE

2024 | Short Film | 15' | Turkey

IM STAU

2024 | Short Film (Documentary) | 16' | Switzerland

TERRA MATER | MOTHER LAND

2023 | Short Film | 10' | Switzerland, Rwanda

Der Abend ist eine Kooperation mit dem Orient Express Filmfestival. <https://oeff.org>